



IW-Trends

**Wirken die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf Investitionen in Deutschland?
Ergebnisse einer Unternehmensbefragung**

Hubertus Bardt / Michael Grömling

IW-Trends 4/2025

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 52



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

X
[x.com@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn
[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook
[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram
[Instagram@IW_Koeln](https://www.instagram.com/IW_Koeln)

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling

groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer

schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2025
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Wirken die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf Investitionen in Deutschland? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Hubertus Bardt / Michael Grömling, Dezember 2025

Zusammenfassung

Mit der Verschärfung der Industriekrise im Gefolge der Pandemie und den gewaltigen geopolitischen Veränderungen hat sich in Deutschland eine enorme Investitionslücke aufgetan. Die privatwirtschaftlichen Investitionen waren zuletzt um fast ein Viertel niedriger als im Jahr 2019. Beim Niveau der industriellen Standortqualität auf Basis des IW-Standortindex rangiert Deutschland derzeit auf Rang 12, bei der Kategorie Kosten belegt Deutschland unter 45 Ländern den besorgniserregenden vorletzten Platz. Die Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen ist ein wichtiges Ziel der neuen Bundesregierung. Im folgenden Beitrag wird auf Basis der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2025 evaluiert, wie bestimmte Maßnahmen und wirtschaftspolitische Entscheidungen von den Unternehmen hinsichtlich ihrer kurzfristigen Wirkung im Jahr 2026 und mittelfristig darüber hinaus bewertet werden. Insgesamt wird bei allen analysierten Maßnahmen mit ansteigenden Wirkungen im Zeitablauf gerechnet. Positive Wirkungen auf die Unternehmensinvestitionen werden vor allem mit einem Bürokratieabbau und einer Senkung der Energiekosten erwartet. Als Investitionsbremse erweist sich die fehlende Reformbereitschaft der Bundesregierung zur Stabilisierung der Sozialversicherungen. Die Unternehmen befürchten steigende Lohnnebenkosten. Die Ergebnisse der IW-Befragung zeigen, dass kurz- und mittelfristig keine großen branchenspezifischen Unterschiede bestehen. Wichtige Verbesserungen der Standort- und Investitionsbedingungen kommen der gesamten Volkswirtschaft zugute.

Stichwörter: Wirtschaftspolitik, Öffentliche und private Investitionen, Unternehmensbefragung

JEL-Klassifikation: C82, E22, E60

DOI: 10.2373/1864-810X.25-04-04

Anhaltende Investitionsschwäche und Standortdefizite

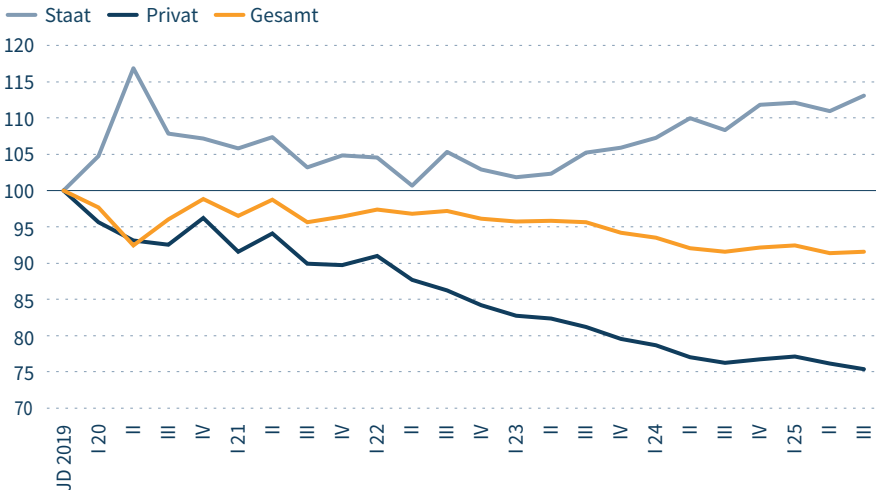
Deutschland steht nach Jahren der Rezession und Stagnation sowohl vor konjunkturellen als auch großen strukturellen Herausforderungen. Die geopolitischen Verwerfungen und Handelskonflikte treffen vor allem die Industrie, die hierzulande im internationalen Vergleich nach wie vor eine hohe Bedeutung hat. Vor dem Hintergrund dieser Belastungen sind mit dem Ende des letzten Industriebooms im Jahr 2018 bestehende Standortdefizite nochmals deutlich geworden und Deutschland hat für industrielle Investitionen offensichtlich weiter an Attraktivität eingebüßt. Mit der Verschärfung der Industriekrise im Gefolge der Pandemie und der geopolitischen Veränderungen durch den Krieg in der Ukraine und die weltweiten Handelskonflikte hat sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine enorme Investitionslücke aufgetan (Abbildung 1), die zukünftige Prosperität infrage stellt.

Im dritten Quartal 2025 lagen die realen Bruttoanlageinvestitionen um 8,4 Prozent unter dem Jahresdurchschnitt von 2019. Besorgniserregend ist dabei der starke Rückgang der privatwirtschaftlichen Investitionen in den letzten Jahren. Am aktuellen Rand sind diese um fast ein Viertel niedriger als im Jahr 2019. Dagegen sind die staatlichen Investitionen in den letzten drei Jahren deutlich angestiegen. Auf Basis der zugrunde liegenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entfallen auf den staatlichen Sektor rund 15 Prozent der nominalen Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland. Für Wachstum und Wohlstandssicherung, aber auch für die notwendigen Ausgaben von Dekarbonisierung bis Verteidigung sind erheblich höhere Investitionen notwendig und es müssen künftig erhebliche Finanzbedarfe gedeckt werden. Diese müssen durch Wirtschaftswachstum geschaffen werden, wenn es nicht zu schmerzhaften Verteilungskonflikten kommen soll. Die anhaltende Investitionsschwäche macht es jedoch immer schwieriger, dass diese Ziele erreicht werden können. Die Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen ist zu Recht Ziel der Bundesregierung. Während die öffentlichen Investitionen mithilfe zusätzlicher Kreditaufnahme erhöht werden können, ist für private Investitionen eine Stärkung der Standortbedingungen notwendig (Bardt et al., 2025).

Entwicklung der staatlichen und privatwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland

Abbildung 1

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen des Staates und der Nichtstaatlichen Sektoren, Index: Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/wgHDnXkQYysjxmY>

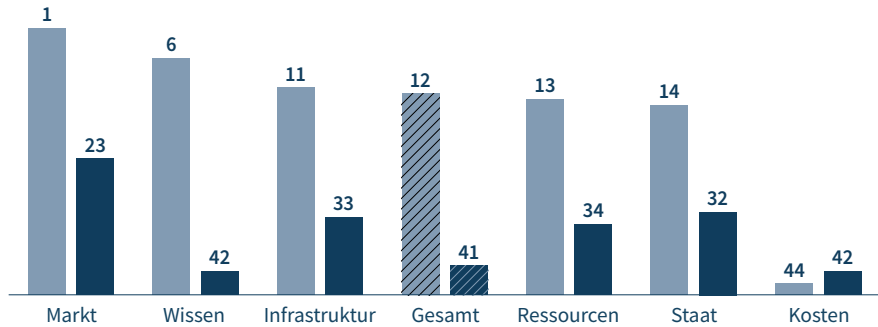
Die dringende Notwendigkeit zur Verbesserung der Standort- und Investitionsbedingungen in Deutschland kann mit dem aktuellen Befund zur industriellen Standortqualität auf Basis des IW-Standortindex begründet werden. Mit dem IW-Standortindex wird seit 2013 gemäß einer breit aufgestellten Empirik die industrielle Standortqualität Deutschlands im internationalen Vergleich ermittelt (Institut der deutschen Wirtschaft / IW Consult, 2013). In der Erhebung für das Jahr 2025 (Bähr et al., 2025) erfolgt dies anhand von 64 Einzelindikatoren (aggregiert in sechs Themenbereiche) für 45 Länder der OECD und aufstrebender Schwellenländer anhand eines Niveauevergleichs für den aktuellen Rand und eines Dynamikvergleichs (gegenüber 2015). Abbildung 2 zeigt für Deutschland die Rangplätze unter diesen 45 Ländern sowohl für Niveau als auch Dynamik insgesamt und für die sechs zugrunde liegenden Themenbereiche. Beim Niveau rangiert Deutschland als Industriestandort derzeit auf Rang 12. Dabei wird mit Blick auf den aktuellen Stand beim Themenkomplex Markt sogar Rang 1 erzielt.

Industrielle Standortqualität in Deutschland

Abbildung 2

Rang Deutschlands beim IW Standortindex¹⁾ für 2025 unter 45 Ländern

■ Niveau ■ Dynamik



1) Der Niveauevergleich bewertet die aktuelle Ausprägung der Standortbedingungen im Jahr 2025.

Im Dynamikranking wird die Entwicklung der Standortfaktoren im Vergleich zum Jahr 2015 analysiert.

Quellen: IW Consult; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/2La2yzxL9A4fSWX>

Hier wird die Offenheit der Märkte, die Beschaffenheit der Wertschöpfungsketten oder Diversifizierung und Komplexität der Wirtschaft bewertet. Auch beim Wissen (zum Beispiel Innovationsumfeld, Bildungssystem und Fachkräftenachwuchs) belegt Deutschland einen vorderen Platz. Mittelmäßig ist dagegen die Bewertung von Infrastruktur, Ressourcen (etwa Rohstoffproduktion, Energieversorgung, Kapitalmarkt) und Staat (Regulierungen, Bürokratie). Bei der Kategorie Kosten (etwa Steuer-, Arbeits-, Energie-, Zins- und Exportkosten) belegt Deutschland den besorgniserregenden vorletzten Platz. Das Preis-Leistungs-Verhältnis des Standorts Deutschland ist für eine größere Investitionsdynamik offenkundig unzureichend.

Auch mit Blick auf die Dynamik der Standortbedingungen steht Deutschland schlecht da. Typischerweise holen schwächere Standorte tendenziell auf, während stärkere Standorte eine geringere Dynamik verzeichnen. Mit Platz 41 unter den 45 Ländern hat Deutschland aber eine der schwächsten Standortdynamiken, obwohl das Niveau nicht hervorragend ist. Die schwache Entwicklung ist in allen Themenbereichen des Standortindex zu beobachten. Trotz des hohen Kostenniveaus ist keine Angleichung über eine positive Dynamik zu verzeichnen, sondern ein im Vergleich zu den anderen

Ländern negativer Trend. Der Investitionsstandort Deutschland verliert auf breiter Basis weiter an Qualität, und ist zudem teurer geworden. Diese Dynamik muss die neue Bundesregierung umkehren, um Investitionen zu stärken und den anstehenden Strukturwandel zu bewältigen. Erste Maßnahmen, die die Investitionstätigkeit privater Akteure anregen sollen, sind bereits auf den Weg gebracht. Im Folgenden wird auf Basis einer Befragung evaluiert, wie diese Maßnahmen von den Unternehmen bewertet werden.

Bewertung der Regierungsmaßnahmen durch Unternehmen

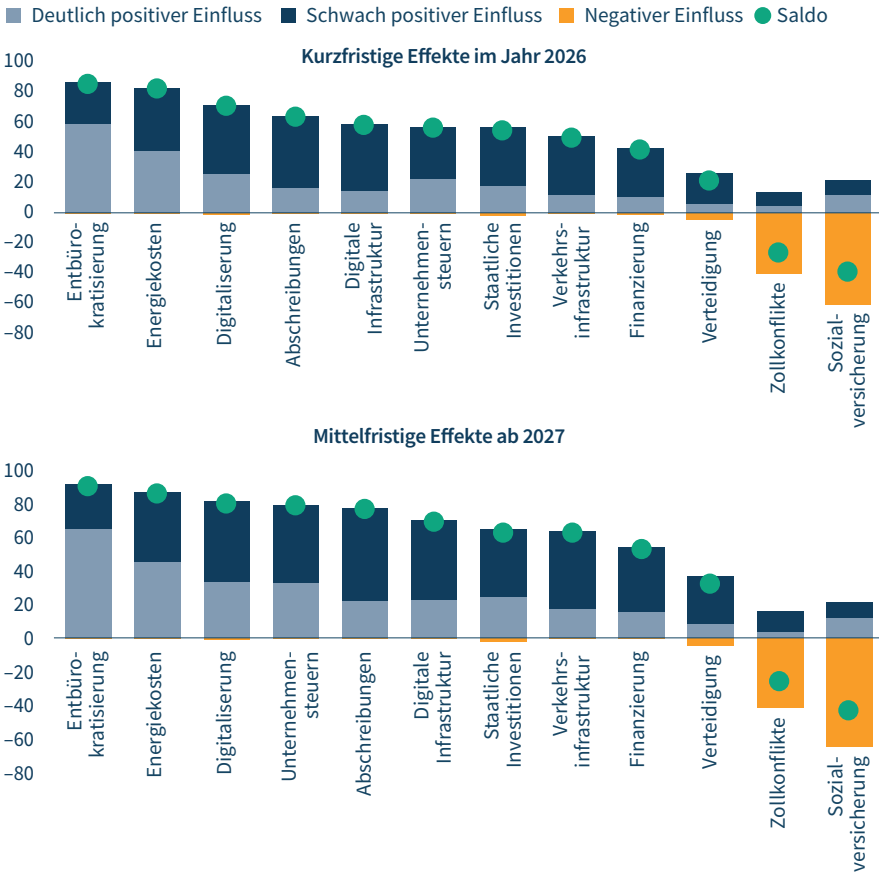
Die in Abbildung 1 sichtbare und anhaltende Investitionsschwäche mit ihren negativen Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft wurde in der Präambel des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung konstatiert (CDU/CSU/SPD, 2025, 1). Die Stärkung der Wachstumskräfte ist neben den sicherheitspolitischen Herausforderungen das zentrale Thema der aktuellen Bundesregierung. Insbesondere die Union hatte sich im Wahlkampf deutlich von der Wirtschaftspolitik der vorhergehenden Regierung unter SPD, Grünen und FDP abgegrenzt und eine Wirtschaftswende propagiert. Die wirtschaftspolitischen und wirtschaftlich relevanten Maßnahmen der neuen Bundesregierung sollen Unternehmen dazu bewegen, am Standort Deutschland zu investieren und damit die Grundlagen zukünftiger Prosperität zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2025 gut 2.000 Unternehmen dazu befragt, welche wirtschaftspolitischen Veränderungen mehr Zuversicht hinsichtlich ihrer aktuellen Geschäftstätigkeit schaffen würden (Bardt/Grömling, 2025). Die einsetzende Stimmungsaufhellung unter den Unternehmen im Frühjahr 2025 (Grömling, 2025a) deutete auf eine erste Wirkung der angekündigten Kursänderungen der Wirtschaftspolitik auf die unternehmerische Zuversicht hin. Gleichwohl ist im Jahresverlauf 2025 noch kein ausreichender Stimmungsumschwung eingetreten (Grömling, 2025b), vielmehr gibt es Diskussionen und Enttäuschungen über das als langsam wahrgenommene Reformtempo. In diesem Kontext wurden die Unternehmen im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2025 danach gefragt, welchen Einfluss teils beschlossene und teils beabsichtigte politische Entscheidungen der neuen Bundesregierung auf die kurz- und mittelfristige Investitionstätigkeit der befragten Unternehmen am Standort Deutschland haben.

Einfluss von politischen Vorhaben und Entscheidungen auf die Investitionstätigkeit in Deutschland

Abbildung 3

Anteile an den befragten Unternehmen¹⁾ nach Investitionswirkungen in Prozent sowie Saldo aus (deutlich und schwach) positivem und negativem Einfluss in Prozentpunkten



1) Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Oktober 2025 unter 1.915 Unternehmen; Rest zu 100: kein Einfluss. Zugrunde liegende Frage: Die neue Bundesregierung hat sich eine Verbesserung der Standortbedingungen und eine Förderung privater Investitionen in Deutschland zum Ziel gesetzt. Welchen Einfluss haben folgende (teils beschlossene, teils beabsichtigte) politische Entscheidungen auf die kurz- und mittelfristige Investitionstätigkeit Ihres Unternehmens am Standort Deutschland?

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/bJGPDCBKkHmymKW>

Mit den zweimal pro Jahr durchgeführten IW-Konjunkturumfragen werden seit 1992 ostdeutsche Unternehmen und seit 2002 zudem westdeutsche Firmen zu ihrer aktuellen Lage und ihren Erwartungen befragt (siehe ausführlich Grömling, 2018). Bei der IW-Konjunkturumfrage handelt es sich nicht um eine Panelbefragung mit einem konstanten Teilnehmerkreis, wobei die Gruppe der regelmäßig teilnehmenden Betriebe dominierend und weitgehend stabil ist. Die befragten Unternehmen verteilen sich auf die Industrie, das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor (ohne die Bereiche Banken/Versicherungen und den öffentlichen Sektor). Der Konjunkturteil wird regelmäßig um eine Zusatzfrage ergänzt, mit der auf besondere konjunkturelle und wirtschaftspolitische Entwicklungen eingegangen werden kann (siehe hierzu Grömling, 2018). Die Ergebnisse liegen in einer nach Betrieben, Beschäftigten und Regionen gewichteten Darstellung vor. An der aktuellen und hier als Datenbasis verwendeten Herbstumfrage vom Oktober 2025 haben 1.915 Unternehmen teilgenommen.

Politische Maßnahmen zur Stimulierung wirtschaftlicher Aktivität können auf verschiedene Zielsetzungen ausgerichtet sein. Die IW-Befragung fokussierte auf die gesamtwirtschaftlich bedeutende Investitionstätigkeit, die zugleich direkt im einzelnen Unternehmen entschieden wird. Die befragten Unternehmen können ohne Begriffsunsicherheit Aussagen zum eigenen Investitionsverhalten und den dahinterliegenden Einflussfaktoren machen.

Mit Blick auf die Evaluierung der aktuellen Wirtschaftspolitik wurde den Unternehmen folgende Frage unterbreitet: „Die neue Bundesregierung hat sich eine Verbesserung der Standortbedingungen und eine Förderung privater Investitionen in Deutschland zum Ziel gesetzt. Welchen Einfluss haben folgende (teils beschlossene, teils beabsichtigte) politische Entscheidungen auf die kurz- und mittelfristige Investitionstätigkeit Ihres Unternehmens am Standort Deutschland?“ Dazu wurden den Unternehmen zwölf Maßnahmen oder politische Entscheidungen vorgegeben, die sie mit vier Kategorien (deutlich positiver Einfluss, schwach positiver Einfluss, kein Einfluss oder negativer Einfluss) bewerten konnten. Dabei wurde zum einen nach den kurzfristigen Wirkungen im Jahr 2026 und zum anderen nach den mittelfristigen Effekten ab 2027 gefragt. Damit ist sowohl eine Differenzierung zwischen den Maßnahmen als auch eine Unterscheidung der Wirkungsgeschwindigkeit möglich.

Vorweg ist generell zu bemerken, dass bei neun Maßnahmen beziehungsweise politischen Entscheidungen der Anteil der Unternehmen, die eine negative Wirkung auf ihre Investitionstätigkeit erwarten, mit 1 bis 2 Prozent sehr gering ausfällt. Die hohen negativen Werte mit Blick auf Zollkonflikte und Sozialversicherungen ergeben sich aus der unterschiedlichen Wirkungsrichtung der entsprechenden Maßnahmen.

Die Befragung macht deutlich, dass kurzfristig positive Wirkungen vor allem mit dem avisierten Bürokratieabbau und auch der Senkung von Energiekosten erwartet werden (Abbildung 3, oben). Der Saldo zwischen positiven und negativen Bewertungen liegt bei der **Entbürokratisierung** bei 87 Prozentpunkten. 60 Prozent der Unternehmen erwarten stark positive und weitere 28 Prozent schwach positive Wirkungen auf das eigene Investitionsverhalten. Damit erreicht ein Politikfeld den höchsten Wert, bei dem die hohen Erwartungen noch durch konkrete Maßnahmenpakete unterlegt werden müssen. Mittelfristig verstärkt sich der sehr positive Effekt auf 65 Prozent und der Saldo auf 91 Punkte (Abbildung 3, unten). Die positive Wirkung des von der Bundesregierung geplanten Bürokratieabbaus wird also mit dem Fortschritt der Maßnahmen verstärkt wirken. In Abbildung 4 wird zusätzlich dargestellt, ob und wie stark unterschiedlich die kurzfristigen und mittelfristigen Wirkungen für die zwölf vorgegebenen Maßnahmen und Entscheidungen von den Unternehmen eingeschätzt werden. Dazu wird die Differenz zwischen den jeweiligen Salden (aus deutlich und schwach positiven und negativen Wirkungen) in der mittleren Frist und der kurzen Frist betrachtet.

Auch bei den **Energiekosten** wird mit ansteigenden Wirkungen im Zeitablauf gerechnet. Der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen liegt in der kurzen Wirkungsfrist bei 84 Prozentpunkten und mittelfristig ab 2027 bei 86 Prozentpunkten. Im Unterschied zur Bürokratie liegen die Unternehmen, die schwach positive und deutlich positive Investitionsfolgen sehen, kurzfristig gleichauf bei 42 Prozent. Der Zuwachs im Zeitablauf findet sich auch hier bei den deutlich positiven Einflüssen. Ebenfalls anders als im Fall der Entbürokratisierung ist bei den Energiekosten bereits ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht und weitere Schritte sind angekündigt: Die partielle Senkung der Stromsteuer, die Abschaffung der Gasspeicherumlage, die Senkung der Netzentgelte und der angekündigte Industriestrompreis für drei Jahre

erlauben einen realistischeren Blick auf das, was die Regierung nicht nur ankündigt, sondern tatsächlich umsetzen kann.

An dritter Stelle der positiv bewerteten Maßnahmen steht die **Beschleunigung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung**. Auch hier steigt der Saldo im Zeitablauf von 72 auf 81 Prozentpunkte deutlich an. Dahinter liegt der Anstieg der Unternehmen mit deutlich positiver Investitionswirkung von 27 auf 34 Prozent. In Anbetracht der Langfristigkeit dieser Aufgabe kann der hohe Wert überraschen. Stärkere Wirkungen werden vermutlich erst nach dem abgefragten mittelfristigen Zeitpunkt zu erwarten sein.

Zu einer Änderung in der Reihenfolge der bewerteten Argumente in zeitlicher Hinsicht kommt es durch die zeitlich gestaffelten steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Hentze/Kolev-Schaefer, 2025). Dabei geht es um die **Unternehmensteuern** und die **Abschreibungen**. Für Investitionen, die zwischen Juli 2025 und Ende 2027 getätigt werden, gilt eine degressive Abschreibung von bis zu 30 Prozent. Damit sollen Investitionen gezielt angeregt werden. Ab 2028 soll dann jährlich eine Senkung der Körperschaftsteuer um 1 Prozentpunkt erfolgen – von derzeit 15 auf dann 10 Prozent. Kurzfristig ist daher auch die Wirkung der verbesserten Abschreibungsbedingungen mit einem Saldo von 65 Punkten höher als bei der erhofften Entlastung bei den Unternehmensteuern mit einem Saldo von 58 Punkten. Die Bedeutung der Abschreibungen liegt kurzfristig auf dem vierten Platz. In der mittelfristigen Sicht wird der vierte Platz von der Senkung der Unternehmensteuern eingenommen, die mit Blick auf den Saldo (aus positiven und negativen Wirkungen) mit 79 Punkten nur knapp vor den Abschreibungsregeln (77 Punkten) liegt.

Die Wirkungen höherer **staatlicher Investitionen**, welche mit dem Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro verbunden sind, rangieren im Mittelfeld. Mit Blick auf das Jahr 2026 gehen 58 Prozent der befragten Unternehmen von deutlich und schwach positiven Effekten auf ihre eigene Investitionstätigkeit aus. Ab dem Jahr 2027 steigt dieser Anteil auf 65 Prozent an. Die Saldenwerte liegen kurzfristig bei 55 Prozentpunkten und mittelfristig steigt der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen auf 63 Prozentpunkte an. Dieses Ergebnis passt zu einem Befund zu

den Auswirkungen öffentlicher Investitionen auf privatwirtschaftliche Aktivitäten in Deutschland auf Basis der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2023 (Bardt/Grömling, 2023). Demnach gab ein Drittel der Unternehmen an, dass eine Steigerung der eigenen Investitionstätigkeit in einem durch öffentliche Investitionen verbesserten Umfeld stattfindet. Dabei wurden die mittelfristigen Impulse ebenfalls stärker eingeschätzt als die kurzfristigen.

Von einer besseren **digitalen Infrastruktur** erwarten kurzfristig 60 Prozent der Unternehmen deutliche und schwache Effekte auf ihre eigenen Investitionen. Mittelfristig wächst der Anteil auf 70 Prozent an. Die Saldenwerte liegen nahezu in gleicher Größenordnung. Merklich geringer sind die Anteile von Unternehmen, die von einer besseren Verkehrsinfrastruktur einen Impuls erwarten. Gleichwohl ist der Anteil der Unternehmen mit positiven Wirkungen (und dies entspricht zugleich dem Saldo aus positiven und negativen Bewertungen) kurzfristig bei 51 Prozent und mittelfristig bei 63 Prozent.

Am unteren Ende der positiv auf die privaten Investitionen wirkenden Entscheidungen der Politik finden sich Maßnahmen zur Stärkung der **Finanzierungsbedingungen** und die **Mehrausgaben für Verteidigung**. Die Maßnahmen nach dem Standortförderungsgesetz werden im Saldo von 43 Prozentpunkten als kurzfristig investitionssteigernd angesehen, mittelfristig liegt der Wert um 10 Prozentpunkte höher. Die höheren Verteidigungsausgaben führen bei 27 Prozent der Unternehmen zu mehr Investitionen, dagegen erwarten hier 5 Prozent eine negative Wirkung, wodurch der Saldo sich nur auf 22 Prozentpunkte beläuft, mittelfristig ist der Saldo gleichwohl um 10 Punkte höher. Darin sind gut 4 Prozent der Unternehmen enthalten, die aufgrund der damit verbundenen Kreditaufnahme geringere eigene Investitionen erwarten. Bei der allgemeinen staatlichen Investitionsnachfrage lag dieser Wert kurz- und mittelfristig bei 2 Prozent der befragten Unternehmen.

Stark negativ auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland wirkt hingegen die internationale **Zollpolitik**. Auch wenn dies nicht der nationalen Politik zuzurechnen ist, sondern vor allem Ergebnis internationaler Entwicklungen, wurden politische Maßnahmen in diesem Kontext zur Bewertung vorgelegt. Nur 14

Prozent der Unternehmen rechnen kurzfristig mit positiven Investitionswirkungen der politischen Entscheidungen der Bundesregierung, für 40 Prozent gehen die Handelskonflikte mit niedrigeren Investitionen einher. Für 46 Prozent ist dieses Thema nicht relevant für die eigenen Investitionen. In der mittleren Frist steigen sowohl die erwarteten positiven wie negativen Konsequenzen für die Investitionen leicht an, der Saldo bleibt damit fast konstant.

Als Investitionsbremse erweist sich die fehlende Reformbereitschaft der Bundesregierung zur Stabilisierung der **Sozialversicherungen**. Die Unternehmen befürchten weitere Sozialbeiträge insbesondere in der Renten- und Krankenversicherung und damit steigende Lohnnebenkosten. Dies dürfte die in Abbildung 2 dokumentierte schlechte Kostenposition Deutschlands weiter verschärfen. Für 61 Prozent der Unternehmen haben fehlende Reformen der Sozialen Sicherungssysteme einen negativen Einfluss auf die eigenen Investitionen, mittelfristig steigt der Wert auf fast zwei Drittel der Firmen an. Der Saldo aus Positiv- und Negativmeldungen ist mit -39 Prozentpunkten kurzfristig beziehungsweise -43 Punkten mittelfristig das mit Abstand schlechteste Ergebnis der aktuellen Politik.

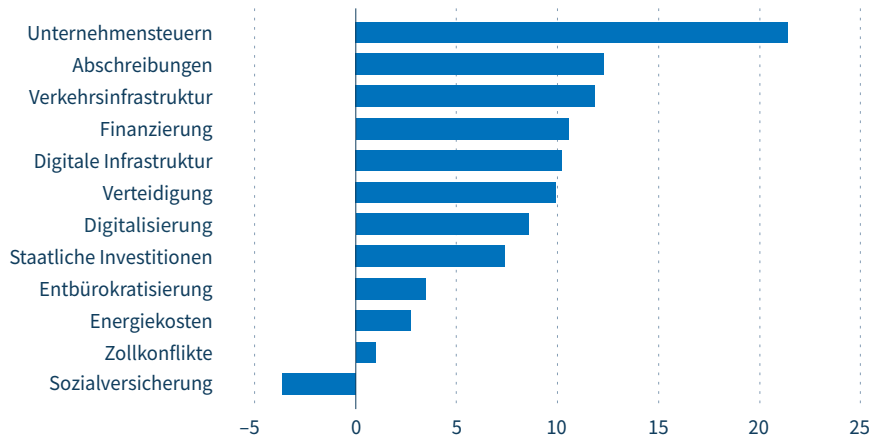
Wirkungen im Zeitablauf

Die hier zur Bewertung vorgegebenen politischen Maßnahmen wirken mit unterschiedlicher Intensität im Zeitablauf auf Investitionen. Einige Elemente wirken kurzfristig in vollem Umfang, einige entfalten erst in der mittleren Frist ihre volle Wirkung. Gerade diejenigen, bei denen eine umfassende Wirkung mit Verzögerung eintritt, können politisch problematisch sein. Im Fall einer verspäteten positiven Wirkung sinkt der Anreiz der Politik, die politischen Kosten zu tragen und diese Maßnahmen zu ergreifen. Sofern hingegen die erwartbare negative Wirkung sich mit den Jahren verstärkt, fehlt es umgekehrt am Anreiz, auf diese Maßnahme (die auch im Unterlassen liegen kann) zu verzichten.

Eine aus heutiger Sicht spätere Wirkung ist vor allem bei der angekündigten Senkung der Unternehmensteuern zu erwarten. Dies ist jedoch nicht nur auf eine mögliche Wirkungsverzögerung, sondern auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Senkungen erst ab 2028 kommen sollen und der größte Teil der Steuersenkung auf die nächste

Verstärkung der Einflüsse auf die Investitionstätigkeit im Zeitablauf Abbildung 4

Bedeutung der politischen Entscheidungen in der mittleren Frist (ab 2027) im Vergleich zur kurzen Frist (2026); Differenz der Salden¹⁾ in Prozentpunkten



1) Saldo aus (deutlich und schwach) positivem und negativem Einfluss der Maßnahmen in Prozentpunkten. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Oktober 2025 unter 1.915 Unternehmen. Zugrunde liegende Frage: Die neue Bundesregierung hat sich eine Verbesserung der Standortbedingungen und eine Förderung privater Investitionen in Deutschland zum Ziel gesetzt. Welchen Einfluss haben folgende (teils beschlossene, teils beabsichtigte) politische Entscheidungen auf die kurz- und mittelfristige Investitionstätigkeit Ihres Unternehmens am Standort Deutschland?

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/ETL4yGHDF7RBHe8>

Legislaturperiode entfällt und damit mit hoher Unsicherheit aus Sicht der Unternehmen verbunden ist. Auf die Unterschiede zwischen den mittelfristigen und kurzfristigen Auswirkungen wurde bereits hingewiesen und sie sind in Abbildung 4 dargestellt.

Aber auch die bereits jetzt wirksame steuerpolitische Maßnahme, die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen, wirken im Urteil der Unternehmen in der mittleren Frist stärker als in der kurzen. Der starke Anstieg des positiven Effekts im Zeitablauf macht aber auch deutlich, dass die Steuerpolitik allein nicht die volle Wachstumswirkung erreichen kann, sondern vor allem in Kombination mit einer

Verbesserung der anderen Investitionsbedingungen Erfolge zeichnen kann. Mit Verspätung wirken auch erneuerte Infrastrukturen für Verkehr und Digitalisierung sowie bessere Finanzierungsbedingungen. Die Infrastrukturen können erst dann einen positiven Effekt auf die unternehmerischen Investitionen haben, wenn sie gebaut beziehungsweise modernisiert sind. Insofern ist kurzfristig vor allem ein Erwartungseffekt relevant, dass während der Nutzungszeit der unternehmerischen Investitionen eine verbesserte Infrastruktur nutzbar ist. Mittelfristig wird dies durch realisierte Projekte verstärkt. Die besseren Finanzierungsbedingungen können zwar unmittelbar Investitionen auslösen, dies setzt aber ebenso wie die Steuerpolitik ein breiteres Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität voraus.

Einen eher schnellen und stärkeren Erfolg versprechen die Senkung der Energiekosten sowie die Entbürokratisierung. Der mittelfristige Saldo ist nur geringfügig größer als der kurzfristige. Hier kann die Politik also schneller Erfolge mit Blick auf die privatwirtschaftlichen Investitionen erzielen. Die Senkung der Energiekosten auf ein wettbewerbsfähiges Niveau und der gründliche Abbau von Bürokratielasten wirken stark und schnell auf private Investitionen. Die müssten nicht nur aus ökonomischer Perspektive absolute Prioritäten sein, sondern sind auch aus politischer Perspektive besonders attraktiv, da eine schnelle und positive Wirkung des Regierungshandelns sichtbar werden kann. Das Gegenteil dazu sind die Maßnahmen mit negativer Wirkung. Die bereits kurzfristig hohen Standortschäden von unterlassenen Reformen der Sozialversicherungen und von den damit verbundenen steigenden Sozialbeiträgen werden mittelfristig nochmals stärker negativ bewertet.

Unterschiede in der Branchenwirkung

Jede politische Maßnahme wirkt in unterschiedlichem Ausmaß auf die einzelnen Unternehmen. Die vielfältigen Bedingungen und Geschäftsmodelle der Unternehmen bringen mit sich, dass jeweils unterschiedliche Anpassungen der politisch gesetzten Rahmenbedingungen notwendig sind, um Investitionen auszulösen, die sich ja immer am spezifischen Markt rechnen müssen. Die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2025 zeigen allerdings, dass auf der Ebene von zusammengesetzten Wirtschaftsbereichen keine großen und branchenspezifischen Unterschiede bestehen. Das gilt sowohl für die kurze Frist mit Blick auf das Jahr 2026 (Abbildung 5), als

auch mittelfristig ab 2027. Dazu werden jeweils die Salden aus deutlich und schwach positiven Einflüssen einerseits und negativen Wirkungen andererseits betrachtet. Der Dienstleistungssektor (ohne Handel) bewegt sich sehr eng am Gesamtbild. Das liegt auch am hohen Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs an der Gesamtwirtschaft und im Rahmen der zugrunde liegenden Umfrage. Beispielsweise sind Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten hier etwas weniger bedeutsam für das durchschnittliche Investitionsverhalten. Die Beschleunigung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sind jedoch merklich bedeutender. Auch die digitale Infrastruktur ist für Investitionen von Dienstleistern überdurchschnittlich bedeutsam.

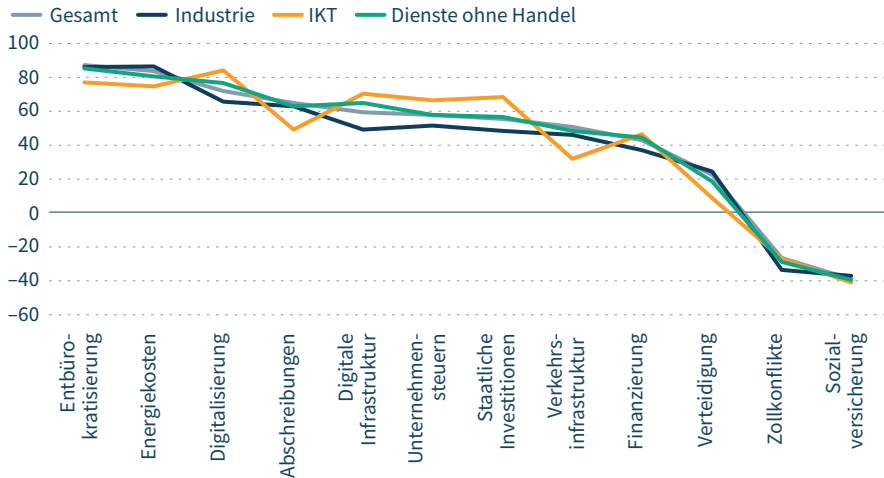
Eher andere Schwerpunkte sind in der Industrie zu erkennen. Hier sind Politiken hinsichtlich der Energiekosten im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überdurchschnittlich bedeutsam. Es ist durchaus überraschend, dass dies nicht für Politiken bezüglich der internationalen Verwerfungen durch die Zollpolitik gilt. Auch wird im Urteil der Industrieunternehmen kurzfristig durch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, bessere digitale Infrastrukturen, staatliche Investitionen oder zukünftige Steuersenkungen eine unterdurchschnittliche Wirkung auf die eigene Investitionstätigkeit erreicht.

Deutliche Unterschiede gibt es mit Blick auf die Unternehmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und entsprechender Medien. Hier scheint der Bürokratieindruck niedriger und damit die erhoffte Investitionswirkung einer Entbürokratisierung spürbar kleiner zu sein. Dies gilt auch für Maßnahmen bezüglich der Energiekosten, der Verkehrsinfrastruktur und verbesserter Abschreibungsbedingungen. Viel wichtiger sind hingegen für die IKT-Branche die Beschleunigung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie die digitale Infrastruktur. Auch versprechen sich IKT-Unternehmen in überdurchschnittlichem Maße höhere eigene Investitionen durch das staatliche Investitionsprogramm sowie durch niedrigere Unternehmensteuern.

Wirkung von politischen Maßnahmen auf Investitionen im Branchenvergleich

Abbildung 5

Saldo aus (deutlich und schwach) positivem und negativem Einfluss der politischen Entscheidungen auf Investitionen in Deutschland in der kurzen Frist in Prozentpunkten¹⁾



1) Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Oktober 2025 unter 1.915 Unternehmen. Zugrunde liegende Frage: Die neue Bundesregierung hat sich eine Verbesserung der Standortbedingungen und eine Förderung privater Investitionen in Deutschland zum Ziel gesetzt. Welchen Einfluss haben folgende (teils beschlossene, teils beabsichtigte) politische Entscheidungen auf die kurz- und mittelfristige Investitionstätigkeit Ihres Unternehmens am Standort Deutschland?

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/qJ2YtEoH5aamMSY>

Eine Regierung der Reformen?

Die neue Bundesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, die Investitionsbedingungen in Deutschland zu verbessern und die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum zu stärken. Gemessen an der vorhergehenden Regierung wurde große Hoffnung in eine neue, handlungsfähige und reformbereite Regierung gesetzt. Die Enttäuschungen folgten nach der Konfrontation mit der Realität und den offenbar notwendigen Kompromissen innerhalb der Koalition.

Die bisher getroffenen Maßnahmen gehen vielfach in die richtige Richtung. Mit den Initiativen zur Entbürokratisierung und zur Senkung der Energiekosten werden Themen adressiert, die für die Unternehmen eine hohe Priorität haben. Im Ergebnis ist mit einer vergleichsweise hohen und schnellen Wirkung auf die unternehmerischen Investitionen zu rechnen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Themen damit als erledigt anzusehen sind. Die ersten Schritte zum Abbau von Bürokratie sind bescheiden, die erhoffte Entlastung der Wirtschaft muss noch folgen, um Wachstum zu erzeugen. Die Energiekosten werden zwar partiell gesenkt, lösen aber die grundlegenden Probleme vieler Branchen noch nicht – beispielsweise der Chemieindustrie.

Steuerpolitisch bremst sich die Regierung in ihrer Wirkung dadurch, dass die echten Steuersenkungsschritte für Unternehmen erst ab 2028 angekündigt sind und in den folgenden Jahren von der dann regierenden Mehrheit wieder zurückgenommen werden können. Eine Politik, in der die einen Versprechen abgeben und andere liefern müssen, leidet unter einem Mangel an Glaubwürdigkeit.

Das große Investitionsprogramm mit dem Sondervermögen steht für die Unternehmen nicht im Vordergrund. Zwar rechnen sie mit besseren Infrastrukturen und können von der Investitionsnachfrage profitieren. Dass fast die Hälfte der zusätzlichen Verschuldung nicht für Investitionen genutzt wird (Hentze, 2025), ist ein schwerer Fehler. Die Wachstumswirkung dieses auf einem großen Vertrauensvorschuss basierenden Schuldenpakts wird unzureichend genutzt.

Auf der Wachstums- und Investitionsbremse steht die Regierung jedoch mit der fehlenden Reform der Sozialversicherungen. Die absehbare Steigerung der Beiträge und damit der Lohnnebenkosten entwickelt sich zu einem weiteren Kostenproblem am Standort Deutschland (Hüther et al., 2025). Gerade bei sich langfristig entwickelnden und absehbaren Veränderungen wie der Demographie müsste schnell und weitsichtig gehandelt werden.

Literatur

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2023, Wirkungen öffentlicher Investitionen auf Unternehmen in Deutschland, in: IW-Trends, 50. Jg., Nr. 2, S. 39–58

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2025, Wachstumstreiber Zuversicht, IW-Report, Nr. 27, Köln

Bardt, Hubertus / Seyda, Susanne / Schmitz, Edgar, 2025, Wirtschaftspolitik nach der Wahl, IW-Kurzbericht, Nr. 28, Köln

Bähr, Cornelius / Trenz, Marco / Zink, Benita, 2025, Industrielle Standortqualität im internationalen Vergleich, Gutachten für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw), München/Köln

CDU/CSU/SPD, 2025, Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Berlin

Grömling, Michael, 2018, Methods and Applications of the IW Business Survey, IW-Report, Nr. 5, Köln

Grömling, Michael, 2025a, Kein Aufschwung in Sicht. IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2025, IW-Report, Nr. 18, Köln

Grömling, Michael, 2025b, Stimmungsumschwung lässt auf sich warten. IW-Konjunkturumfrage Herbst 2025, IW-Report, Nr. 51, Köln

Hentze, Tobias, 2025, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Ein Verschiebebahnhof mit vielen Gleisen, IW-Kurzbericht, Nr. 92, Köln

Hentze, Tobias / Kolev-Schaefer, Galina, 2025, Wirtschaftliche Impulse durch das Steuerpaket der Bundesregierung, IW-Kurzbericht, Nr. 60, Köln

Hüther, Michael / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen, 2025, Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln/Berlin

Institut der deutschen Wirtschaft / IW Consult (Hrsg.), 2013, Industrielle Standortqualität. Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?, Köln

Are the New Federal Government's Measures Having an Effect on Investment in Germany? Results of a Company Survey

With German's industrial crisis worsening in the wake of the COVID-19 pandemic and recent geopolitical upheavals, a huge investment gap has opened up. Latterly, private sector investment has been almost a quarter lower than in 2019. Germany currently ranks 12th in the German Economic Institute's IW Location Index, a measure of countries' relative ability to attract manufacturing investment, while in terms of costs, Germany occupies a worrying second-to-last place among 45 countries. It is therefore not surprising that encouraging public and private investment has been one of the new federal government's highest priorities. Initial measures to stimulate private investment activity have already been introduced and the present article uses the autumn 2025 IW Survey of Economic Activity to assess how companies view the short-term (i.e. in 2026) and medium-term impact of these measures and other economic policy decisions. Overall, all of the measures analysed are expected to have increasing effects over time. A positive impact on corporate investment is expected primarily from a reduction in bureaucracy and a decrease in energy costs, while the third most optimistically rated measure is the acceleration and digitalisation of public administration processes. Lower corporate taxes and better depreciation conditions for private-sector investment are seen as more important in the medium term, while the effect of raising state sector investment is only expected to be moderate. On the negative side, companies regard the federal government's unwillingness to reform and stabilise the country's social security systems as hobbling investment. They fear further increases particularly in pension and health insurance contributions, which in Germany are shared almost equally between employer and employee, and thus rising non-wage labour costs. Finally, the results of the survey suggest that, at least in the short and medium term, there will be no great differences in how the government's measures impact the various sectors: major improvements in investment conditions and incentives benefit the entire economy.